

Rede von Prof. Dr. Alexander Grasse am 25. Oktober 2018 in Berlin
Immersive Showroom, Brandenburger Tor Museum, Pariser Platz



Deutsch-italienischer Dialog
Wirtschafts- und finanzpolitische Perspektiven für Europa

***„Kurswechsel! Von der Notwendigkeit einer neuen Ernsthaftigkeit
in den deutsch-italienischen Beziehungen“***

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die italienischen Parlamentswahlen vom März 2018 und die Politik der neuen Regierung aus Lega und Fünf-Sterne-Bewegung sorgen für breite Aufmerksamkeit in der EU und den Mitgliedstaaten, insbesondere in Deutschland. Unübersehbar ist, wie es dabei zu wechselseitigen Fehlwahrnehmungen und Schuldzuweisungen kommt. Stereotype und Ressentiments treten in besorgniserregender Weise zutage. Die mediale Bearbeitung des Themas „Italien“ zeigt ein eindeutiges Bild: Aufschreie und Empörung allenthalben! Differenzierte Blicke auf das Land und seine Probleme sind in Deutschland dagegen eher Mangelware. Nur ein Beispiel: Es dauerte Wochen, bis in den deutschen Medien vom *reddito di cittadinanza* nicht mehr als bedingungslosem Grundeinkommen gesprochen wurde (einem völlig anderen Konzept), sondern von dem, was es ist: eine soziale Mindestsicherung. Hier hätte ein Blick in den entsprechenden Gesetzentwurf des MoVimento 5 Stelle genügt. Aber es passte eben so schön in die vorhandenen Vorurteile von den „verschwenderischen“ und „nachlässigen“ Italienern.

Dass Italien hingegen EU-Nettozahler ist und über den EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und den ESM (Europäischen Stabilisierungsmechanismus) ganz erheblich zur Bewältigung der Krisen etwa in Spanien, Portugal, Griechenland und Zypern beigetragen hat, das drang kaum durch. Dass in den letzten Jahren zahlreiche Reformen umgesetzt wurden, ebenfalls nicht. Dass Italien seit den 90er Jahren konstant einen der höchsten Primärüberschüsse der EU aufweist, genauso wenig.

Was will ich damit deutlich machen? Selbst wenn man die üblichen Provokationen und Entgleisungen mancher Medienvertreter außer Acht ließe, die den italienischen Botschafter und sogar den Staatspräsidenten zu deutlichen Stellungnahmen nötigten (hier sei nur kurz Jan Fleischhauers Kolumne auf Spiegel Online erwähnt: Stichwort „Die aggressiven Schnorrer von Rom“): Warum brennt der mediale und ökonomische Sturm der Entrüstung in einer solchen Breite gerade gegenüber Italien los? Solche Vorgänge wären gegenüber Frankreich nicht denkbar! Und das obwohl Frankreich die sogenannten Maastricht-Kriterien zehn Jahre lang hintereinander verletzte, während Italiens Defizit seit 2014 stets unter der 3%-Marke blieb und zuletzt rückläufig war. Die um 30 Prozentpunkte höhere Staatsverschuldung Italiens allein bietet hierfür keine hinreichende Erklärung.

Informationsdefizite, Misstrauen, Polemik und Vorurteile führen in jedem Fall zu Verwerfungen und behindern eine dringend notwendige Versachlichung und qualitative Verbesserung der Debatte. Angesichts der Bedeutung der deutsch-italienischen Beziehungen für die Zukunft Europas können wir uns diesen Zustand nicht länger leisten.

Kritik verdient in diesem Zusammenhang auch der Wissenschaftsbetrieb: Seit Jahren sinkt in der akademischen Landschaft in Bezug auf politik-, wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Fragen die Auseinandersetzung mit Italien. Forschungseinheiten, Lehrstühle mit Italien-Schwerpunkt, sie sind rar geworden. Die Italien-Expertise nimmt in der Folge immer weiter ab. Umgekehrt sieht es in Italien mit Blick auf die Deutschland-Expertise nicht besser aus. Selbst im Bereich der Kulturwissenschaften werden in Deutschland Lehrstühle abgewickelt, da man dem italienischen Kulturraum keine Bedeutung mehr beimisst. Auch in den Schulen wird Italienisch immer weniger angeboten.

Meine Damen und Herren! Die Dissonanzen im deutsch-italienischen Verhältnis haben tiefliegende Ursachen: Die Beziehungen haben mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende der Ersten Republik Italiens Anfang der 90er Jahre einen grundlegenden Wandel durchlaufen, einen Wandel, den der Turiner Kollege Rusconi als „schleichende Entfremdung“ bezeichnet hat.¹ Selbst wenn es richtig ist, dass Italien und Deutschland traditionell auch in früheren Zeiten bisweilen ein Verhältnis selektiver Affinitäten pflegten, so hat sich das über vier Jahrzehnte hinweg (von 1949-1990) insgesamt doch sehr gute Verhältnis seit den 1990er Jahren substantiell verändert. Die Entfremdung gilt für die gesamte Zweite Republik (1994-

¹ Gian Enrico Rusconi betonte dabei stets, dass er die von ihm angestoßene Debatte als Alarmruf verstanden wissen wollte „angesichts des Missverhältnisses zwischen dem Engagement, das der Pflege des bilateralen Verhältnisses gewidmet wird, und den Ergebnissen, die daraus resultieren“.

2013), sie hat aber nicht allein mit der sie prägenden Figur Silvio Berlusconi zu tun. Dazu beigetragen hat auch, dass durch die Veränderung der Parteienlandschaften bewährte Kontakte weitgehend abgerissen sind, während die Medien auf beiden Seiten der Alpen ihre Korrespondentennetze ausgedünnt haben und die Zahl der Mittler und Multiplikatoren im deutsch-italienischen Verhältnis insgesamt abgenommen hat. Deutschland wiederum hatte den Mittelmeerraum über viele Jahre politisch weitgehend aufgegeben und sein Augenmerk ganz auf Osteuropa gerichtet.

Mit der Regierung aus Lega und Movimento 5 Stelle steht das bilaterale Verhältnis nun vor ganz neuen Herausforderungen. Gerade deshalb aber bedarf es jetzt besonderer Anstrengungen, um Erreichtes zu bewahren und Mögliches im Sinne einer Vertiefung der Integration in den Blick zu nehmen.

Dies gilt umso mehr, als auch jenseits von Politik und Medien ein hohes Maß an wechselseitigem Unverständnis herrscht und man sich wohl eher nur zu kennen *glaubt* als dass man einander tatsächlich kennen würde. Mehrere Studien zum deutsch-italienischen Verhältnis belegen dies: etwa die im Jahr 2016 von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem bezeichnenden Titel „Fremde Freunde“ vorgelegte Untersuchung oder die von der deutschen Botschaft in Rom beim Institut Piepoli in Auftrag gegebene Studie vom September 2018.²

Gefragt nach der Qualität der deutsch-italienischen Beziehungen beurteilten in der Piepoli-Studie 42% der Befragten diese als „wenig positiv“, weitere 10% mit „ganz und gar nicht positiv“; „sehr positiv“ sahen lediglich 2% der Befragten das bilaterale Verhältnis, „eher positiv“ urteilten 38%. Nach über sechs Jahrzehnten europäischer Integration betrachtet heute lediglich die Hälfte der italienischen Bevölkerung Deutschland als „befeundetes Volk“. Damit scheint sich Dörte Dingers Einschätzung zum deutsch-italienischen Verhältnis aus dem Jahr 2009 leider zu bestätigen: Aus einstmaligen Freunden sind schlichte Kooperationspartner geworden.

Auch hinsichtlich der wahrgenommenen Vorteile der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen gibt es erhebliche Asymmetrien. Nach der Piepoli-Studie 2018 sehen 53% der Italiener den Vorteil klar bei Deutschland, nur 7% bei Italien, 31% sehen gleichermaßen Vorteile für Deutschland und Italien. Die FES-Studie 2016 war da noch deutlicher: Dort sahen 72% Deutschland als Profiteur, ebenfalls nur 7% Italien, und 11% sahen

² „La Germania vista dagli italiani: analisi dell’opinione degli italiani sulla Repubblica federale di Germania“.

die Vorteile gleich verteilt. Schlimmer noch: 81% der Italiener sind der Meinung, Deutschland missbrauche seine starke Stellung innerhalb der EU zu Lasten der anderen Mitgliedsländer. Rund drei Viertel hielten es für angemessen, wenn Deutschland in der Eurokrise zumindest stärker auf die Probleme und Belange der anderen EU-Mitgliedstaaten Rücksicht nehmen würde.

Gerade in Zeiten einer gewissen Geschichtsvergessenheit sei hier noch einmal daran erinnert: Es war Italien, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft stark machte, etwa 1948 bei der Aufnahme Deutschlands in den Europarat. Der erste Auslandsbesuch Konrad Adenauers galt dementsprechend Rom. Umgekehrt setzte sich Deutschland für die Aufnahme Italiens in den Kreis der G7 ein. Mehr noch: Rom und Bonn bildeten häufig einen stabilen Pfeiler, wenn der Prozess der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas in der Krise steckte. Die beiden Länder sorgten für neuen Schwung, als sich Ermüdung und Stagnation während der sogenannten Eurosklerose von 1973 bis 1984 breit machte. So war die „Genscher-Colombo-Initiative“ Anfang der 1980er Jahre eine entscheidende Wegmarke für die Einheitliche Europäische Akte und den Vertrag von Maastricht. Die im Zuge dieser deutsch-italienischen Initiative etablierte Methode von Paketlösungen hat den Integrationsprozess nicht nur inhaltlich, sondern auch prozedural erheblich geprägt. Der Ausbau der EPZ wie auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlamentes waren ebenfalls wegweisend.

Mit anderen Worten: Wenn Frankreichs Integrationsbereitschaft nachließ und Großbritannien mal wieder blockierte, dann brachten Italien und Deutschland das europäische Projekt voran. Auch hatte das deutsch-französisch-italienische „Dreirad“ neben dem deutsch-französischen „Tandem“ stets eine wichtige Bedeutung für das europäische Projekt.

Ich möchte sogar noch viel grundsätzlicher werden: Italien war im zwanzigsten Jahrhundert mehrfach Vorläufer größerer Entwicklungen und Umbrüche, die sich später andernorts in Europa manifestiert haben: politischer Futurismus, Faschismus, Eurokommunismus, Implosion des Parteiensystems, regionale Autonomie und separatistische Bestrebungen, Umbrüche im Mediensektor und nun eben die erste populistische, offen eurokritische Regierung in Westeuropa. Wiewohl sich Geschichte nicht wiederholt: Italien war immer ein politisches Laboratorium Europas. Auch vor diesem Hintergrund scheint eine kontinuierliche und vorausschauende, aufmerksame, analytisch fundierte und differenzierte Betrachtung der Entwicklungen in Italien unverzichtbar.

In Bezug auf das Nord-Süd-Verhältnis der EU erlangen die deutsch-italienischen Beziehungen nolens volens gerade in den beiden zentralen Konfliktfeldern – Migration und Wirtschaftsgovernance – eine Schlüsselrolle. Die deutsch-französische Kooperation wird absehbar nicht ausreichen, um Auswege aus der EU zu finden.

Mit Blick auf die Auseinandersetzung um den italienischen Haushaltsplan gestatten Sie mir abschließend ein paar wenige Anmerkungen bzw. Fragen:

Erstens: Wird sich – bei aller berechtigten Kritik an der Regierung Conte – durch schlichtes Pochen auf Regelkonformität in Bezug auf den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt bzw. den Fiskalvertrag das massive Armutproblem in Italien lösen lassen? Wohl kaum!

Nach den neusten Zahlen von Eurostat (17.10.2018) lag die Quote der – nach Sozialtransfers – von Armut oder sozialer Exklusion bedrohten Bevölkerung in der EU im Jahr 2017 erfreulicherweise insgesamt wieder unter dem Vorkrisenniveau (EU 28= 16,9%). Für Italien jedoch zeigt sich das Gegenteil, nämlich ein weiterer, deutlicher Anstieg auf 28,9% der Bevölkerung bzw. 17,4 Mio. Menschen; nur in Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Litauen ist die Situation schlechter. Dabei verschleiert der nationale Durchschnittswert das ganze Ausmaß des Problems in Südtalien, denn in Sizilien und Sardinien etwa ist jeder Zweite von Armut bedroht. Auch die Zahl der von ernster materieller Deprivation Betroffenen ist in Italien zwischen 2008 und 2017 von 7,5% auf 10,1% angestiegen.

Zweitens: Wird sich mit dem einfachen Festhalten am Fiskalvertrag das Wachstumsproblem Italiens von selbst auflösen? Nach Einschätzung des IWF wird Italien ceteris paribus auch 2023 noch immer noch ärmer sein als vor der Finanzkrise; die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf dürfte um vier Prozent unter dem Niveau von 2007 liegen!

Drittens: Wird sich das Produktivitätsproblem angesichts vergleichsweise niedriger Löhne und eines gerade in Italien wachsenden Phänomens der *working poor* mit weiteren Lohnsenkungen lösen lassen, wie viele Ökonomen hierzulande unverändert fordern? Es spricht nichts dafür!

„Brüssel: Wir haben ein Problem!“

Carlo Cottarelli hat an verschiedener Stelle zu Recht darauf hingewiesen, dass die expansiven Maßnahmen der Regierung Conte eigentlich durch Steuererhöhungen finanziert werden müssten, weil sie struktureller Natur sind. Die OECD plädierte vor dem Hintergrund der sozialen Ungleichheit in Italien und einer sehr hohen Vermögenskonzentration bereits im Mai dieses Jahres für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen bzw. von Besitz und Vermögen.

Auch die Rating-Agentur Moody's sieht im Privatvermögen der Italiener eine mögliche, substantielle Finanzierungsquelle für die Regierung. Allerdings haben Lega und Fünf Sterne dies am vergangenen Sonntag (21.10.2018) nochmals explizit ausgeschlossen.

Doch selbst wenn Italien einen solchen Weg einschlagen würde. Wie sähen dann wohl die Kommentare seitens der europäischen Institutionen, vieler Ökonomen und der Medien aus? Der Blick auf den Fall Spanien genügt, um darüber Klarheit zu bekommen: Die sozialistische Regierung unter Pedro Sanchez, welche ebenfalls einen expansiven Kurs fährt und zur Finanzierung nicht nur neue Schulden macht, sondern eben auch moderate Anhebungen der Unternehmenssteuern, der Einkommenssteuer und der Vermögenssteuer vornimmt, sieht sich den nahezu gleichen Vorwürfen ausgesetzt wie die italienische: investitionsfeindlich, wachstumsschädlich, reiner „Sozial- und Finanzpopulismus“, heißt es.

Meine Damen und Herren, das Dilemma ist klar: Auch wenn man im aktuellen Haushaltsstreit mit Rom nicht den Anschein erwecken sollte, „Populisten“ oder rechten Kräften nachzugeben, darf man unleugbar bestehende Probleme nicht einfach negieren. Man muss stattdessen Lösungen anbieten, neue Lösungen. Im Übrigen: Alle italienischen Parteien, von ganz rechts bis ganz links, haben im Wahlkampf ein Ende der Sparpolitik bzw. Wachstums- und Investitionsprogramme sowie größere Haushaltsflexibilität gefordert. Es ist reine Illusion zu glauben, mit anderen Regierungskoalitionen wäre diese Frage sehr viel leichter zu verhandeln gewesen. Der vor wenigen Tagen von Matteo Renzi und dem ehemaligen Finanzminister Padoan präsentierte Gegenentwurf zum Haushalt der amtierenden Regierung schlägt z.B. ein Haushaltsdefizit von 2,1% für 2019 vor (1,8% für 2020 und 1,5% für 2021).

Kurzum: Die Spirale der Konfrontation weiter zu treiben im Ringen darum, wie schnell Italien seine Schulden abzubauen hat (denn um nichts Anderes geht es), ist höchst gefährlich angesichts der Bedrohungen für unsere liberalen Demokratien und die Europäische Union. Die täglichen Ermahnungen aus Brüssel und von einzelnen Mitgliedstaaten, der entstehende Eindruck, man wolle an Italien ein Exempel statuieren, all das spielt dem Populismus in die Karten, nicht nur in Italien – mit Blick auf die Europawahlen 2019 fatal!

Das eigentliche Manko des italienischen Haushalts ist der Mangel an Investitionen (weniger als 10% der Summe, die finanziert werden soll), Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung, Forschung und Entwicklung. Dafür könnte ein höheres Defizit toleriert werden.

Gerade Deutschland sollte darauf hinwirken, konstruktive Lösungen für den Haushaltsstreit zwischen Brüssel und Rom zu finden. Dazu gehört auch, vorhandene Ideen und Vorschläge für den Investivhaushalt der EU rasch voranzutreiben und zu konkretisieren: im Sinne des deutsch-französischen wie auch des deutsch-italienischen Verhältnisses.

Angesichts der zentrifugalen Entwicklungen in Europa ist es jedenfalls dringlicher denn je, den deutsch-italienischen Dialog massiv und nachhaltig zu intensivieren, diesen auf Augenhöhe zu führen und Anstrengungen für eine neue Ernsthaftigkeit und Entschiedenheit zu unternehmen. Dafür sind Kritik, aber auch kritische Selbstreflexion wesentliche Voraussetzungen. Höchste Zeit für einen Kurswechsel!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!